



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VI/183

Hinweise
auf den Inhalt:

Bonn, den 9. August 1951
Friedrich Ebert-Allee 170

Kommentar zur Berg - Predigt	S. 1
Der UNO - Sozialrat tagt	S. 3
Unverschämtheiten gegen die Opposition	S. 4
Pänder und der "Wasserkopf"	S. 6

Bergs Nazirezept: Rüstung als Ausweg

(sp) Herr Berg, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, war in den USA. Vor und während der Reise hat er offenbar das Rezept gefunden, das alle wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten beseitigen soll. Es ist eine einfache und brutale Kur, die Herr Berg empfiehlt und die schon andere vor ihm in Deutschland befohlen haben: Arbeit durch Rüstung.

Rekapitulieren wir einige Äußerungen des Mannes, der an der Spitze einer deutschen Industriedelegation mit Vertretern der amerikanischen Regierung und Wirtschaft Besprechungen geführt hat: "Wenn wir nicht Verteidigungsaufträge in größerem Ausmaß und damit auch die Rohstoffe aus Übersee bekommen, sehe ich nicht, wie die Industrie im Herbst die aus dem Baugewerbe und aus der Landwirtschaft entlassenen Arbeitskräfte aufnehmen soll ... Wenn Deutschland aber wirtschaftliche Hilfe aus den USA erwartet, so muß es auf politischem Gebiet den amerikanischen Wünschen entgegenkommen". Natürlich meint Herr Berg auch: Die Frage des Mitbestimmungsrechts in der Bundesrepublik sei ein zusätzliches Hindernis für amerikanische Investitionen. Man habe drüben kein Vertrauen zu einer Industrie, bei der man die Verantwortung nicht auf Seiten des Unternehmertums wisse. Daß Berg schließlich von der Gefahr einer "größeren Arbeitslosigkeit" (bei Ausbleiben der Rüstungsaufträge) so sprach, als seien die gegenwärtigen 1,3 Millionen Arbeitslosen eine "kleine" Arbeitslosigkeit, sei nur am Rande

erwähnt.

Nach diesen Äußerungen Bergs, denen entsprechende Erklärungen in den USA vorangegangen sein dürften, ist nur hoffnungsvoll, daß in Deutschlands Montan-Industrie die Verantwortung nicht mehr allein in Händen der Unternehmer liegt. Nach all dem, was wir an Lektionen erhielten wissen sie nichts Besseres, als unsere sozialen und wirtschaftlichen Probleme durch Umstellung auf Wehrwirtschaft zu lösen und sind bereit, das "Volk" für ihre eigensten Unternehmer-Interessen und für die Lieferung von Rohstoffen jeden gewünschten Verteidigungsbeitrag leisten zu lassen.

Es kann nur Zynismus oder Dummheit sein, wenn sich Herr Berg von einer Beteiligung der Bundesrepublik an der Rüstungswirtschaft einen Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt und eine Stärkung der Produktivität der deutschen Volkswirtschaft verspricht. Wehrwirtschaft bedeutet Einsatz von produktiven Kräften für unproduktive Leistungen. Rüstungswirtschaft, und sei es im Rahmen von "Unterkontrakten", bedeutet Einschränkung der Konsumgüterindustrie. Wir sind nicht die USA, deren Wirtschaft das (volkswirtschaftlich) Unproduktive leisten kann, ohne den Lebensstandard des Volkes entscheidend herabzusetzen. Wir haben erst einmal für unser Volk einen ausreichenden Lebensstandard zu sichern. Das ist der erste wirtschaftliche, politische und psychologische Verteidigungsbeitrag, den auch die deutsche Industrie mit zu leisten hat. Alles, was darüber hinausgeht und möglich ist, bedarf anderer Voraussetzungen und anderer Begründungen, als sie Herr Berg zu geben weiß.

Es läuft offensichtlich immer auf die gleichen Ergebnisse hinaus, wenn Unternehmer "Politik" machen wollen; auf eine verhängnisvolle Art der Politik. Wir leben aber nicht mehr in einer Diktatur, sondern sind dabei, eine politische Demokratie zu werden. Nach der Erklärung Bergs, dem Repräsentanten einer Interessengruppe, des Industrieverbandes, haben wir allen Grund, uns mit der Schaffung der von den Gewerkschaften geforderten Wirtschaftsdemokratie zu beeilen, und es dabei an Energie nicht fehlen zu lassen.

+ + +

Genfer Sommertagungen

O.Z.-Genf, Anfang August

Dieser Tage ist im hochsommerlichen Genf der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO zu bedeutungsvollen Beratungen zusammengetreten, in deren Mittelpunkt eine Konvention über das internationale Flüchtlingsrecht allen beteiligten Staaten zur Ratifizierung vorgelegt wurde. In Genf selber wird die Konvention bis zum 31. August zur Unterzeichnung aufliegen, dann von Mitte September dieses Jahres bis zum 31. Dezember 1952 am Sitz der Vereinten Nationen. Erlangt die Konvention internationale Rechtsgültigkeit, werden rund eineinhalb Millionen Flüchtlinge und Heimatlose in allen grundlegenden Zivilrechten den Staatsbürgern des Aufnahmelandes gleichgestellt sein. Vor allem darf kein Vertragsstaat Flüchtlinge ausweisen und schon gar nicht in ihr Herkunftsland oder einen anderen Staat abschieben, wenn ihr Leben oder ihre Freiheit dort bedroht erscheinen.

Die Session des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO hat eine Tagesordnung zu bewältigen, die besonders bei den sozialen Problemen eine Flut von Vorlagen und Projekten bringt. Hier stehen allein sieben Konventionsentwürfe zur Debatte, darunter das Projekt eines Paktes über die Menschenrechte. Doch ist nicht anzunehmen, daß dieses Projekt seine Erledigung in dieser Session finden wird. Die Gewährung politischer Rechte an alle Frauen der Welt und damit die Sicherung des aktiven und passiven Wahlrechts und des Zugangs zu öffentlichen Funktionen und Stellungen, ist ein anderer bedeutender Beratungsgegenstand des Rates, aber auch die Weiterbearbeitung der noch nicht recht vom Flecke gekommenen Konvention über die Informationsfreiheit, wieder mit dem dazugehörigen umfangreichen Fragenkomplex, wozu z.B. auch die Beratungen über den journalistischen Ehrenkodex gehören.

Präsident dieser Tagung des Wirtschafts- und Sozialrates in Genf ist der Chilene Hernan Santa Cruz, der in seiner Eröffnungsrede auf die Verschärfungen der internationalen Wirtschaftslage durch Warenverknappungen und Preissteigerungen und die daraus entstandenen Krisen in allen Teilen der Welt hinwies. Über hundert Milliarden Dollar gibt die Welt heute für Rüstungszwecke aus, doch sind die dringlichen 200 Millionen Dollar für wirtschaftliche Fortentwicklung nicht aufzubringen, ganz abgesehen von dem zwei Milliarden Dollarbetrag,

den die Sachverständigen zunächst hierfür forderten.

Ein Mißerfolg der Vereinten Nationen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet muß die politische Sicherheit der freien Welt erschüttern: Hoffen wir, daß der Wirtschafts- und Sozialrat mit dieser Session zu einem Organ praktischer und für die Völker segensreicher Arbeit wird.

+ + +

Empörung links

F.R. Von Bonn aus, mit dem Aufgabestempel "Postamt des Bundestages", ist in je 100 Exemplaren eine Flugschrift "Lachen links" an die Pressestellen der Länderregierungen mit der Bitte abgesandt worden, sie zu verteilen. Von wem wohl? Die Bundesregierung verrät es nicht. Ein Herr des Bundespresseamtes hat erklärt, die Broschüre sei "wegen verschiedener Fehler" zurückgezogen worden. Der Verlag versichert sie munter weiter. Wie könnte auch eine Regierung eine Schrift zurückziehen, mit der sie angeblich nichts zu tun hat?

Zweck und Geist dieser 24 Seiten im Din A 5-Format charakterisieren einige Zwischenüberschriften und einige Sätze: "Opposition als Selbstzweck" - "Sieg der Opposition - Untergang des Staates", "Hugenberg-Hitler und Schumacher-Romer. DNVP (Deutschnationale Volkspartei)-NSDAP und SPD-SRF! Es sind Vergleiche, die sich aufdrängen ...". Dazwischen finden sich einige besonders pikante Perfidien wie diese: "Wenn es wirklich nationale Besorgnisse wären, die Dr. Schumacher zum Ausdruck bringt, wäre es entschuldbar ...", oder die kleine story über Goebbels, der im Winter 44/45 zufällig den Young-Plan in die Hände bekommt, ihn liest und sagt: Er habe ihn jetzt zum ersten Mal gelesen, er sei sicher ein Fortschritt gegenüber Dawes gewesen, damals habe man so viel Objektivität nicht aufbringen dürfen, es galt, Opposition zu treiben. "Da haben wir sie, die Opposition um der Opposition willen", sagt der Pamphletist und unterdrückt gerade noch die Behauptung, daß wohl auch Schumacher den Schuman-Plan nicht gelesen habe, das ganze ist schon eine recht beachtliche Sammlung von kleineren und größeren Unanständigkeiten.

Damit wollen wir uns aber hier nicht näher befassen. In der Sache wird zunächst die alte Geschichte des Verhältnisses von Regierung und Opposition in der Weimarer Zeit erzählt. Wie die damalige Opposition aus Völkischen, später Nazis, Kommunisten und Deutschnationalen den damaligen Staat unterminiert und schließlich vernichtet habe, so sei das auch Inhalt und Ziel der heutigen sozialdemokratischen Opposition. Die positive Haltung der damaligen Sozialdemokratie zu Locarno, Dawes- und Young-Plan wird mit der negativen Haltung der heutigen Sozialdemokratie zum Straßburger Europarat, zum Schuman- und Pleven-Plan kontrastiert.

In dieser Gleichsetzung von bewußt umstürzlerischen, anti-demokratischen Kräften, mit der Opposition der Partei eines Mannes, der wie kein anderer Beweise seines unzerbrechlichen Kampfeswillens gerade gegen diese Kräfte geliefert hat, liegt ein beträchtliches Maß Unwahrhaftigkeit, ja Infamie; in der Gleichsetzung von heutigem Staat und Adenauerscher Regierung ("Sieg der Opposition - Untergang des Staates") die ganze Anmaßung der gegenwärtigen Regierung in der Beurteilung ihrer eigenen Leistung und Bedeutung.

Die Schrift will nachweisen, daß die Politik Adenauers sozusagen eine Neuauflage der Politik Stresemanns sei - an sich schon eine bittere Kränkung des vor 22 Jahren Verstorbenen. Sie will darlegen, daß die Schritt-für-Schritt-Methode Adenauers die einzig richtige sei, ohne daß freilich an irgendeiner Stelle der Beweis dafür erbracht wird, daß der Bundeskanzler auch nur ein einziges Mal so zäh um ein Ziel gerungen hat, wie es Stresemann in seiner ganzen Laufbahn tat. Zur Sache ist zu sagen: Wenn die Weimarer Republik wirklich, wie behauptet wird, an der Opposition der Extremen und der Deutschnationalen zugrundegegangen ist, dann muß man auch hinzufügen, daß diese Opposition nur so stark werden konnte, weil das Ausland den Regierungen der Weimarer Republik so lange unerlässliche Zugeständnisse vorenthielt.

Daß sich diese Entwicklung nicht wiederholt, ist das Hauptanliegen der gegenwärtigen sozialdemokratischen Opposition. Es ist umso notwendiger, als die weltpolitische Situation mit der

nach dem ersten Weltkrieg überhaupt nicht verglichen werden kann. Das beherrschende Faktum für Deutschland ist heute die sowjetische Drohung, und, in Verbindung damit, das alliierte Bemühen um die deutsche Partnerschaft. Damals hat niemand um uns geworben und Stresemann und Hermann Müller hatten ihre Forderungen ohne diesen entscheidenden taktischen Vorteil durchzusetzen. Heute aber ist es ein politischer Widersinn erster Ordnung, gegen den die Regierung absolut unzulänglich vorgeht, daß man sich im Stadium der angeblich so unerläßlichen Partnerschaft gegen eine gemeinsame tödliche Gefahr auf Schritt und Tritt durch das zähe Gestrüpp von Siegesvorstellungen durchkämpfen muß.

Schließlich: Die allzu häufige und enge Bindung der Sozialdemokratie vor 1933 an die oft so fehlerhafte, bürgerlich bestimmte Regierungspolitik (die von den Kritikern der heutigen Sozialdemokratie so gern lobend hervorgehoben wird) war äußerst gefährlich. Hätte man diese Politik nach 1945 bzw. 1949 fortgesetzt, stünden vermutlich Herr Remer und seine politischen Freunde viel stärker da, als es heute der Fall ist. Die Sozialdemokratie hält es heute nicht für richtig, Fehler der Regierung, die sie nach gewissenhafter Prüfung als solche erkannt hat, zu decken. Das ist ihr Recht und ihre Pflicht als Opposition. Der Kampf, der gegen sie deshalb geführt wird, hat längst jede Sachlichkeit weit hinter sich gelassen. Dafür ist dieses böserartige, unsaubere Pamphlet, das in unmittelbarer Nähe der Regierung entstanden ist, der beste Beweis.

+ + +

Der Wasserkopf

Dr. Pünder, ehemals Oberdirektor der Frankfurter Zweizonen-Verwaltung, bezeichnet heute die Kritik an den "Frankfurter Wasserköpfen" als geistlos, besonders hinsichtlich der fragwürdigen Bedeutung der gegenwärtigen vierzehn Bundesministerien. Er vergaß zu erwähnen, daß die Bezeichnung "Wasserkopf" schon von seinen Parteifreunden für die Mindener Verwaltung des Sozialdemokraten Agartz erfunden worden war, obgleich sie nur mit einem Bruchteil der Angestellten funktionierte, die Dr. Pünder später für die gleichen Aufgaben brauchte. Aber es ist eben ein Unterschied, ob man Kritik übt oder Kritik erfährt.